

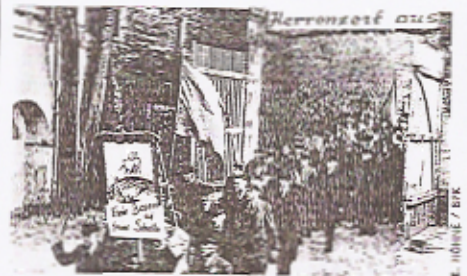
Form von oft willkürlicher Lokalherrschaft, deren Macht sich durch immer drückendere Abgaben und eine zunehmende Anzahl von Frondiensten für die Bauern äußerte. Bei dieser Vorgeschichte frage ich mich, woher die Nachfahren der Junker das Recht nehmen auf Land, das längst dem Staat gehört. Gegen ein Recht des ostdeutschen Adels auf das Land ihrer Vorfahren spricht auch die Tatsache, dass es „Ausgleichsleistungen“ gab für Menschen, deren Besitz in der DDR enteignet worden war

KARLSRUHE KATJA URSULA KÜHL

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich mal anzusehen, was die sogenannten Wiedereinrichter unter den Junkern unter schwierigsten Bedingungen vorbildlich auf die Beine gestellt haben. Es sind leider noch viel zu wenig. Sie sollten die Menschen fragen, die durch diese Aktivitäten wieder einen Arbeitsplatz bekommen konnten. Stattdessen verspritzen Sie lustvoll Ihr Gift auf Leute, die ihres Eigentums beraubt wurden, verbunden mit Vertreibung oder Verbot der Annäherung an ihre geraubten Anwesen

BRÜHL (BAD. WÜRTT.) DR. HERMANN KOEBE

Die Aussage, der Straßburger Menschenrechtsgerichtshof habe „die Rechtmäßigkeit der Enteignungen bekräftigt“, ist falsch. Vielmehr hat der Gerichtshof gemeint, die Nichtrückgabe der 1945 bis 1949 entzogenen Vermögensgüter widerspreche nicht der Europäischen Menschenrechts-



Bodenreform-Anhänger bei Dresden 1945
Volle Entschädigung für die Betroffenen?

konvention, so wie zuvor das Bundesverfassungsgericht der Meinung war, die Nichtrückgabe widerspreche nicht dem Grundgesetz. Keines der Urteile hindert den Bundesgesetzgeber, die Restitution oder eine volle Entschädigung für die Betroffenen zu beschließen.

BERLIN PROF. DR. THEODOR SCHWEISFURTH

Vorbildlich auf die Beine gestellt

Nr 45/2009 Ostdeutschland Der neue Koalitionsvertrag lässt bis 1949 enteignete Großgrundbesitzer wieder hoffen

Der Versuch der FDP, den ehemaligen ostdeutschen Großgrundbesitzern einen vergünstigten Rückerwerb ihrer Ländereien zu ermöglichen, ist gesellschaftspolitisch bedenklich und langfristig gefährlich für unsere Demokratie. In Ostelbien herrschte eine sich vom Mittelalter bis ins späte 18. Jahrhundert hin stets verschlimmernde